



SPD-Fraktion
im Kreistag des Landkreises Hildesheim



Bündnis90/Die Grünen
im Kreistag des Landkreises Hildesheim



Georgios Konstantopoulos
Parteilos



Herr Landrat
Bernd Lynack

o.V.i.A.

Hildesheim, den 05.01.2026

TOP Fortführung und Förderung der kommunalen Ombudsstelle „NOVA“, getragen vom Verein „Unabhängige Ombudsstelle Kinder- und Jugendhilfe in Stadt und Landkreis Hildesheim“

Sehr geehrter Herr Landrat Lynack,

die Gruppe SPD - Bündnis 90/Die Grünen - Die Partei - Georgios Konstantopoulos - GUT für Sarstedt – bittet den o.g. Tagesordnungspunkt auf die Tagesordnung des Jugendhilfeausschusses am 05.02.2026, des Kreisausschusses am 16.02.2026 und des Kreistages am 19.03.2026 aufzunehmen und stellt dazu folgenden Antrag:

Mit dem Haushaltsantrag 426/ XIX aus dem Jahre 2023 hat sich die Mehrheitsgruppe für eine 3-jährige Förderung der kommunalen Ombudsstelle „NOVA“ für die Jahre 2024 bis 2026 ausgesprochen. Zur weiteren Sicherstellung der auf Initiative des Landkreises Hildesheim eingerichteten Ombudsstelle ist eine weitere Bezuschussung über das Haushaltsjahr 2026 hinaus sicherzustellen.

Beschlussvorschlag:

1. Für die Haushaltsjahre 2027, 2028 und 2029 (Förderzeitraum) werden ab dem Haushaltsjahr 2027 jeweils 90.000 € und mit einer jährlichen Dynamisierung von 2,8 % ab dem Jahr 2028 mit einem Sperrvermerk in die jeweiligen Haushalte eingestellt.

2. Die Verwaltung wird gebeten den Verein „Unabhängige Ombudsstelle Kinder- und Jugendhilfe in Stadt und Landkreis Hildesheim e.V.“ aufzufordern die Maßnahme intern zu Evaluieren und diesen Bericht im Jugendhilfeausschuss im 2. Quartal 2026 (03.06.2026) vorzustellen. Der Bericht ist mind. zwei Wochen vor der Sitzung einzureichen und den Mitgliedern des Jugendhilfeausschusses zur Kenntnis zu geben.
3. Der Sperrvermerk für den Förderzeitraum 2027 bis 2029 kann in der Jugendhilfeausschusssitzung im 2. Quartal 2026 (03.06.2026) nach der Präsentation einer internen Evaluation des Vereins „Unabhängige Ombudsstelle Kinder- und Jugendhilfe in Stadt und Landkreis Hildesheim e.V.“ durch den Jugendhilfeausschuss aufgehoben werden.

Begründung:

Der vorgenannte Verein beantragt angesichts der Haushaltslage im Landkreis Hildesheim gegenüber dem letzten Förderantrag eine Fördersumme für ein Vollzeitäquivalent (VZÄ) für die sozialpädagogische Beratung in der Ombudsstelle NOVA. Damit könnte angesichts des hohen Beratungsbedarfs im Landkreis Hildesheim eine Minimalversorgung für die Adressat*innen der Kinder- und Jugendhilfe erbracht werden. Angesichts der Tarifvertragserhöhungen beantragt der Verein NOVA e. V. daher für Sach- und Personalkosten eine jährliche Fördersumme von 100.000 Euro. Im Interesse einer verlässlichen Personal- und Finanzplanung wäre ein Förderturnus von zweieinhalb Jahren bis zum 30.06.2029 wünschenswert.

Anfang 2023 hat das Land Niedersachsen ein Antragsverfahren zur Förderung von Ombudsstellen nach § 9a SGB VIII eröffnet. Auch NOVA hat sich für eine Regionalstelle im Versorgungsgebiet 2 beworben und konnte das Auswahlverfahren auf Grund der Erfahrung durch die kommunale Ombudsstelle für sich entscheiden. Zum Einzugsgebiet des Versorgungsbereichs 2 zählen insgesamt 13 Jugendamtsbezirke. Die Regionale Ombudsstelle ist auch bereits in der Aufbauphase in allen Jugendamtsbezirken des Versorgungsbereichs 2 bereits zwei Jahre nach dem Start sehr stark mit Beratungsaufgaben ausgelastet und kann nicht allen Anfragen zeitnah nachkommen.

Sollte die kommunale Förderung nicht weitergeführt werden, muss die Arbeit der kommunalen Ombudsstelle zum Ende der Projektlaufzeit eingestellt werden und nur die 0,257 VZÄ aus der Landesförderung ständen noch zur Verfügung. Bezogen auf die Anfragezahl aus dem Jahr 2024 würde dies bedeuten, dass statt jährlich inzwischen etwa 255 Anfragen nur ca. 40 Anfragen aus der landesgeförderten Ombudsstelle für Stadt und Landkreis Hildesheim bearbeitet werden könnten.

Der Bedarf ombudtschaftlicher Tätigkeit in der Kinder- und Jugendhilfe in Stadt und Landkreis Hildesheim übersteigt schon seit 2024 die Kapazitäten der kommunalen Ombudsstelle und bedarf deshalb einer Aufstockung. Seit Beginn des zweiten Projektzeitraums im November 2024 mussten auf Grund der Mittelkürzungen die Zugangswege zur ombudtschaftlichen Beratung beschränkt werden und mit einer Priorisierung der Anfragen begonnen werden. Seit Mai 2025 arbeitet die kommunale Ombudsstelle mit Wartelisten und Adressat*innen müssen bis zu 5 Monate auf eine Beratung warten. Konflikte zwischen Adressat*innen und Trägern der Jugendhilfe sind oft langwierig und kostenintensiv. Ombudtschaftliche Arbeit ist zeitkritisch

und in der Wartezeit verhärten sich die Konflikte, was zusätzlich wertvolle Ressourcen der Kinder- und Jugendhilfe verbraucht. Bedarfsgerechte ombudtschaftliche Arbeit kann Konflikte präventiv und kurativ bearbeiten und immer wieder auch einer gerichtlichen Klärung vorbeugen. Die kommunale Ombudsstelle trägt so zu mittel- und langfristigen Kostensenkungen in der Jugendhilfe bei.

Unabhängig von der Förderung der Regionalstelle durch das Land Niedersachsen möchten wir die im Landkreis Hildesheim bisher erfolgreich geleistete Arbeit fortsetzen. Der Beitrag der kommunalen Ombudsstelle zur Qualitätsentwicklung der Hildesheimer Kinder- und Jugendhilfe ist bei den beteiligten Akteur*innen anerkannt. Die Ombudsstelle ist eine feste Größe für Adressat*innen der Kinder- und Jugendhilfe geworden. Die Aufgaben einer niedrigschwellig kommunal arbeitenden und vernetzten Ombudsstelle können nicht durch andere vorhandene Akteur*innen ersetzt werden.

Die Arbeit der Ombudsstelle ist ein wichtiger Baustein in der grundständigen Infrastruktur der Kinder- und Jugendhilfe.

Mit freundlichen Grüßen

Werner Preissner
Fraktionsvorsitzender SPD

f.d.R.

Markus Kroner
Fraktionsgeschäftsführer

Holger Schröter-Mallohn
Fraktionsvorsitzender
Bündnis90/Die Grünen

f.d.R.

Jessica Sharma
Fraktionsgeschäftsführerin

gez. Hamun Hirbod
DiePARTEI

gez. Georgios Konstantopoulos
Parteilos

gez. Dirk Warneke
GUT für Sarstedt